

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und  
Gesundheitsausschusses  
am Mittwoch, dem 17.11.2010, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (Raum A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:20 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	<b>133/2010</b> <b>5</b>
2.	SGB II-Neuorganisation hier: Zulassung des Kreises Warendorf als kommunaler Träger gem. § 6a SGB II zum 01.01.2012	<b>169/2010</b> <b>6</b>
3.	SGB II-Neuorganisation hier: Übergang der Arbeitsgemeinschaft in die gemeinsame Einrichtung gem. § 44b SGB II zum 01.01.2011	<b>170/2010</b> <b>10</b>
4.	Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaus- halts	<b>056/2010</b> <b>11</b>
5.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2011	<b>134/2010</b> <b>16</b>
6.	Sozialleistungsbericht 2010	<b>135/2010</b> <b>20</b>
7.	Beitritt zur LAG Schuldnerberatung NRW e.V.	<b>149/2010</b> <b>21</b>

**II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Förderung der Frauenberatungsstellen **097/2010** **22**

**Anlagen**

- Anlage 1 Bericht der Frau Schreier, Geschäftsführerin der ARGE
- Anlage 2 Konzeptskizze des Optionsantrages, con\_sens
- Anlage 3 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Ergänzung des bisherigen Beirates der ARGE um neun Mitglieder der Fraktionen des Kreistages
- Anlage 4 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Einrichtung eines Ausschusses "Arbeitsmarktpolitik" im Falle der Auswahl des Kreises Warendorf als Optionskreis
- Anlage 5 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2010: Umwandlung des bestehenden Sozial- und Gesundheitsausschusses in einen Ausschuss für "Arbeit, Soziales und Gesundheit" im Falle der Option
- Anlage 6 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.10.2010: Aufgabe der vorgesehenen Einstellung der Förderung der Förderung der vierten Stelle in den beiden Frauenhäusern
- Anlage 7 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 03.11.2010: Unterstützung des Antrages der Frauenhäuser Warendorf und Telgte vom 28.09.2010 zur Weitergewährung der Förderung
- Anlage 8 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Unterstützung des Antrages der beiden Frauenhäuser
- Anlage 9 Antrag der Frauenhäuser Telgte und Warendorf vom 28.09.2010
- Anlage 10 Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 11.11.2010: Aufhebung der vorgeschlagenen Streichung der Mittel für Schulungsmaßnahmen für Seniorenarbeit und Aktualisierung der Förderrichtlinien
- Anlage 11 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die vorgeschlagene Reduzierung der finanziellen Förderung aller Schwangerenberatungsstellen, die Konfliktberatung anbieten, wird nicht weiter verfolgt. Der bisher bereitgestellte Betrag wird beibehalten.
- Anlage 12 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den Kreis Warendorf auf, zum Thema "Behinderte Menschen haben ein Recht auf selbstbestimmte und umfassende Teilhabe und auf Gleichstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" eine Fachtagung in 2011 durchzuführen.
- Anlage 13 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010: Die Kennzahl der Bedarfsgemeinschaften wird für das Haushaltsjahr 2011 um 180 auf dann 8.200 reduziert mit der Folge einer Nettoentlastung von 500.000 €.

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Strübbe, Robert
<b>Ausschussmitglieder</b>
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Hein-Kötter, Dorothea
Hüttemann, Dorothe
Lindstedt, Cornelia
Mors, Annette
Starke, Yasemin
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Twenhöven-Ruhmann, Annette
Vöcking, Knud
Wördemann, Christiane
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Arnkens-Homann, Dagmar
<b>von der Verwaltung</b>
Boeckmann, Inge
Börger, Heinz Dr.
Klausmeier, Brigitte
Schabhüser, Helmut
Schulte-Sienbeck, Verena
Stüker, Anette Dr.
Uhkötter, Richard
<b>Gäste</b>
Kocialkowski, Harald
Schreier, Petra

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Leismann, Jendrik

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss mit Einladung vom 05.11.2010 form- und fristgerecht einberufen wurde.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>133/2010</b>
-----------	--	-----------------

Frau Schreier, Geschäftsführerin der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert

- die Entwicklung in den letzten 12 Monaten
  - der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf
  - der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
  - der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- die Erwartungswerte und Zielerreichung 2010 für die Bereiche
  - Passive Leistungen Bund
  - Leistungen für Unterkunft
  - Integrationen
  - Langzeitbezug vermeiden
- den Vergleich zu den ARGEN in NRW hinsichtlich des Einkommens aus Erwerbstätigkeit
- die Entwicklung der schwerbehinderten SGB II-Arbeitslosen anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Frau Schreier ergänzt, dass aufgrund der guten Entwicklung des Arbeitsmarktes eine positive Prognose zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften für 2011 zu erwarten sei.

Frau Birkhahn bittet darum, in den nächsten Berichten auf die Situation der unter 25-jährigen, der Frauen und der Menschen mit Behinderung einzugehen.

Ergänzend teilt Herr Dr. Börger mit, dass das Bundeskabinett am 20.10.2010 den Gesetzesentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII beschlossen habe. Der Gesetzesentwurf befindet sich derzeit im parlamentarischen Abstimmungsverfahren. Die Verabschiedung im Bundesrat ist - sofern es nicht zu einem Vermittlungsverfahren kommt - am 17.12.2010 zu erwarten. Das Gesetz soll zum 01.01.2011 in Kraft treten.

Gegenstand der Neuregelungen seien u.a. die Bildungs- und Teilhabeleistungen für bedürftige Kinder.

Die Übertragung dieser Aufgabe auf den Kreis werde wahrscheinlich möglich sein, der Kreis würde diese Aufgabe gern wahrnehmen.

Frau Schreier teilt mit, dass die Voraussetzungen der Gewährung von Leistungen zur Bildung und Teilhabe von der ARGE geprüft werden. Die Abwicklung könne jedoch in die Zuständigkeit des Kreises gelegt werden. Mit den Anbietern sollen zur Deckung der Bedarfe Vereinbarungen abgeschlossen werden, u.a. die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

Die Verfahrenskosten würden vom Bund erstattet.

Herr Strübbe dankt Frau Schreier für ihren Bericht.

<b>2.</b>	<b>SGB II-Neuorganisation hier: Zulassung des Kreises Warendorf als kommunaler Träger gem. § 6a SGB II zum 01.01.2012</b>	<b>169/2010</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Börger berichtet, dass sich 16 Kreise und kreisfreie Städte für die voraussichtlich 8 zusätzlichen Optionsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen bewerben werden:

- die kreisfreien Städte Bielefeld, Essen, Leverkusen, Münster, Solingen und Wuppertal sowie
- neben dem Kreis Warendorf die Kreise Gütersloh, Recklinghausen, Heinsberg, Lippe, Mettmann, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis, Kreis Siegen-Wittgenstein, Oberbergischer Kreis

Die erforderliche Zustimmung von 2/3 des Kreistages bzw. Stadtrates sei bisher von fast allen Bewerbern erreicht, bzw. die entsprechende Zustimmung werde erwartet.

Herr Dr. Börger führt aus, dass es schwierig sei, die passiven Leistungen auf die Städte und Gemeinden zu übertragen und die aktiven Leistungen als Kreis selbst zu erbringen. Aus Steuerungsgründen sei eine Delegation nicht sinnvoll.

Hier bestehe Einigkeit mit den Bürgermeistern, die entweder wegen des vorzuhaltenden Personals oder wegen der direkten Kostenbeteiligung ebenfalls gegen die Delegation seien.

Herr Dr. Börger berichtet von der Informationsveranstaltung zum Zulassungsverfahren 2010/2011 für kommunale Träger in NRW des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS). Es sei festzuhalten, dass ein umfangreiches Konzept für den Antrag erforderlich sei. Voraussichtlich werde daher für die Antragstellung noch die komplette Zeit bis zum Jahresende benötigt.

Das MAIS werde nach Eingang der Anträge und Bewertung der Konzepte eine Ranking-Liste erstellen und diese bis zum 31.03.2011 dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorlegen.

Als Anlaufkosten würden seitens des Bundes 75 € je Bedarfsgemeinschaft gezahlt, dieses seien bei 8.000 Bedarfsgemeinschaften (ARGE-Prognose der durchschnittlichen Zahl 2011) 600.000 €.

Herr Kocialkowski erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 2) die Kriterien der Geeignetheit zur Zulassung als Optionskommune und berichtet über deren Ausgestaltung im Kreis Warendorf.

Frau Lindstedt regt an, die Sicherstellung der unabhängigen Arbeitslosenberatung ergänzend in den Antrag aufzunehmen sowie die Inklusion zu implementieren.

Frau Arnkens-Homann betont, dass der Antrag auch Aussagen zur Vermittlung der Zielgruppen der unter 25-jährigen, der Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen über 55 Jahre und Alleinerziehende treffen müsse.

Frau Birkhahn hofft auf eine regionale Entscheidung zugunsten der Stadt Münster und des Kreises Warendorf.

Herr Dr. Börger teilt zur Aufbauorganisation ergänzend mit:

Es werden voraussichtlich 6 Regionalteams gebildet, wobei der Standort Ennigerloh noch in der Diskussion sei, evtl. würden eher 2 Teams in Ahlen gebildet, eines davon für den überwiegend von Personen mit Migrationshintergrund bewohnten Stadtteil. Hinsichtlich der Liegenschaften erklärt er, dass in Oelde neue Räumlichkeiten angemietet werden sollen, für Ahlen der Einzug in das Gesundheitsamt geplant sei und in Warendorf der Umzug von der Brede in das Kreishaus oder in unmittelbare Nähe des Kreishauses vorgesehen sei.

Bezüglich der Telefonanlage, Software und sogar der Schulungen solle die Möglichkeit eines Leasings geprüft werden.

Der Arbeitgeberservice solle zukünftig bewerberorientiert arbeiten. 90 % der Arbeitsvermittlungen fänden im Kreis Warendorf und in den direkt angrenzenden Kreisen und kreisfreien Städten statt. Darüber hinaus habe eine überregionale Vermittlung nur geringe Bedeutung.

Frau Lindstedt weist darauf hin, dass ein Arbeitsbuch für Kommunen, "Kommunaler Index für Inklusion" (Montag Stiftung für Jugend und Gesellschaft), veröffentlicht worden sei und regt an, dass die Verwaltung dieses Arbeitsbuch bestelle.

Herr Vöcking nennt den geplanten kundenzentrierten Förderungsansatz sehr überzeugend, seine Fraktion werde daher für die Option stimmen.

Herr Stöppel erklärt, dass auch die FWG-Fraktion für die Option stimmen werde.

Zur Stellungnahme der Bürgermeister weist er darauf hin, dass alle Fakten deutlich zu benennen seien und hinreichend informiert werden müsse, um den Bürgermeistern insbesondere die finanziellen Ängste zu nehmen.

Herr Dr. Börger stimmt dem noch vorhandenen Informationsbedarf zu.

Er selbst, Frau Klausmeier und ggf. auch Frau Schreier würden gerne in den Ausschüssen der Städte und Gemeinden Auskunft geben. Für Wadersloh, Ostbevern und Ahlen sei dieses bereits konkret geplant.

Er weist darauf hin, dass das Angebot an kommunale Mitarbeiter gehe, zum Kreis Warendorf zu wechseln. Alternativ sei jedoch auch eine Abordnung der Mitarbeiter zum Kreis möglich.

Beratung der vorliegenden Anträge:

1.

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Ergänzung des bisherigen Beirates der ARGE um neun Mitglieder der Fraktionen des Kreistages

2.

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Einrichtung eines Ausschusses "Arbeitsmarktpolitik" im Falle der Auswahl des Kreises Warendorf als Optionskreis

3.

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2010: Umwandlung des bestehenden Sozial- und Gesundheitsausschusses in einen Ausschuss für "Arbeit, Soziales und Gesundheit" im Falle der Option

Frau Lindstedt erläutert die Anträge der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der bisherige Beirat der ARGE solle um weitere Mitglieder ergänzt werden. Es sei jedoch ausreichend, wenn jede Fraktion mit 1 Stimme vertreten sei.

Die Einrichtung eines Ausschusses Arbeitsmarktpolitik begründet sie mit einer erhöhten Effizienz gegenüber nur einem großen Ausschuss für Soziales, Arbeit und Politik.

Es besteht allgemeine Zustimmung, dass die Ergänzung des Beirates um Vertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen sinnvoll sei. Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass dies für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung ab 2011 bereits vorgeschrieben sei.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass ein zusätzlicher Ausschuss zusätzliche Sitzungskosten verursachen würde.

Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen zur Notwendigkeit der Einrichtung eines Ausschusses "Arbeitsmarktpolitik" oder der Umwandlung des Sozial- und Gesundheitsausschusses in einen Ausschuss für "Arbeit, Soziales und Gesundheit" ergeht die Frage an Herrn Kocialkowski, welche Variante für den Optionsantrag am sinnvollsten sei.

Herr Kocialkowski erklärt, dass es für den Optionsantrag die strategisch bessere Variante sei, einen eigenen Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik einzurichten. Es müsste jedoch eine Kommunikationsschnittstelle gewährleistet sein, daher seien überwiegend gleiche Mitglieder in beiden Ausschüssen wichtig.

Fachlich-inhaltlich wäre ein Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit sinnvoller.

Hinsichtlich des Antrages der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion über die Erweiterung des Beirates der ARGE wird festgestellt:

Es besteht Konsens zur Besetzung des Beirates mit einem Mitglied je Fraktion.



Zu den Anträgen der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 08.11.2010 - Einrichtung eines Ausschusses "Arbeitsmarktpolitik" im Falle der Auswahl des Kreises Warendorf als Optionskreis- und der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2010 - Umwandlung des bestehenden Sozial- und Gesundheitsausschusses in einen Ausschuss für "Arbeit, Soziales und Gesundheit" im Falle der Option- lässt Herr Strübbe über folgende Kompromissvorschläge für beide Anträge abstimmen:

1. Zum 01.11.2011 wird der Sozial- und Gesundheitsausschuss umbenannt in "Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit".

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

2. Im Falle der Auswahl des Kreises Warendorf als Optionskreis ist beabsichtigt, einen "Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik" einzurichten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>3.</b>	<b>SGB II-Neuorganisation hier: Übergang der Arbeitsgemeinschaft in die gemeinsame Einrichtung gem. § 44b SGB II zum 01.01.2011</b>	<b>170/2010</b>
-----------	---	-----------------

Frau Klausmeier erläutert den Sachverhalt zum Übergang der Arbeitsgemeinschaft in die gemeinsame Einrichtung gem. § 44b SGB II zum 01.01.2011. Sie weist darauf hin, dass die Vereinbarung über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung vorerst bis Ende 2011 gelten solle, jedoch danach unbefristet weiter gelte, sofern der Kreis nicht als Optionskommune zugelassen werde.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass Frau Schreier bis zum 31.12.2010 zur Geschäftsführerin der ARGE gewählt sei, danach werde die Trägerersammlung die Bestellung zur Geschäftsführerin für die gemeinsame Einrichtung formell wiederholen.

Frau Mors bittet mit Blick auf die Formulierung "der Geschäftsführer" in § 6 Abs. 3 des Vereinbarungsentwurfes um eine geschlechtsspezifische korrekte Darstellung. Herr Dr. Börger sagt zu, diese Anregung aufzunehmen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**4. Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaushalts****056/2010**

Den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheitsausschusses liegt die Aufstellung der Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaushalts vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zu den aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen vor:

1. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.10.2010: Aufgabe der vorgeschlagenen Einstellung der Förderung der Förderung der vierten Stelle in den beiden Frauenhäusern
2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 03.11.2010: Unterstützung des Antrages der Frauenhäuser Warendorf und Telgte vom 28.09.2010 zur Weitergewährung der Förderung
3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Unterstützung des Antrages der beiden Frauenhäuser
4. Antrag der Frauenhäuser Telgte und Warendorf vom 28.09.2010
5. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 11.11.2010: Aufhebung der vorgeschlagenen Streichung der Mittel für Schulungsmaßnahmen für Seniorenarbeit und Aktualisierung der Förderrichtlinien
6. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die vorgeschlagene Reduzierung der finanziellen Förderung aller Schwangerenberatungsstellen, die Konfliktberatung anbieten, wird nicht weiter verfolgt. Der bisher bereitgestellte Betrag wird beibehalten.

Ziff. 23 der Maßnahmen: Einstellung der Förderung der 4. Stelle in beiden Frauenhäusern im Kreis Warendorf

Zu 1.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.10.2010: Aufgabe der vorgesehenen Einstellung der Förderung der Förderung der vierten Stelle in den beiden Frauenhäusern

Zu 2.:

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion vom 03.11.2010: Unterstützung des Antrages der Frauenhäuser Warendorf und Telgte vom 28.09.2010 zur Weitergewährung der Förderung

Zu 3.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Unterstützung des Antrages der beiden Frauenhäuser

Zu 4.:

Antrag der Frauenhäuser Telgte und Warendorf vom 28.09.2010

Frau Birkhahn, Frau Lindstedt und Frau Arnkens-Homann begründen die Anträge ihrer Fraktionen damit, dass die Einstellung der Förderung nicht gewollt sei. Die Finanzierung der beiden Frauenhäuser solle wie bisher beibehalten werden.

Herr Strübbe lässt über die drei Anträge der Fraktionen abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ziff. 25 der Maßnahmen: Streichung der Mittel für Schulungsmaßnahmen für Seniorenarbeit

Zu 5.:

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 11.11.2010: Aufhebung der vorgeschlagenen der Streichung der Mittel für Schulungsmaßnahmen für Seniorenarbeit und Aktualisierung der Förderrichtlinien

Herr Stöppel begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Frau Birkhahn schlägt alternativ vor, den Haushaltsansatz von 5.000 € auf 2.500 € zu kürzen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**Ja: 6 Stimmen**

**Nein: 10 Stimmen**

Herr Strübbe lässt über den alternativen Kompromissvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion abstimmen, den Haushaltsansatz von 5.000 € in 2010 auf 2.500 € in 2011 zu kürzen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

**Ja: 10 Stimmen**

**Nein: 3 Stimmen**

**Enthaltungen: 3 Stimmen**

Ziff. 26 der Maßnahmen: Reduzierung der finanziellen Förderung aller Schwangerenberatungsstellen, die Konfliktberatung im Kreisgebiet anbieten

Zu 6.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die vorgeschlagene Reduzierung der finanziellen Förderung aller Schwangerenberatungsstellen, die Konfliktberatung anbieten, wird nicht weiter verfolgt. Der bisher bereitgestellte Betrag wird beibehalten.

Frau Arnkens-Homann begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

2 Ausschussmitglieder nehmen wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

**Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt**

**Ja: 7 Stimmen**

**Nein: 7 Stimmen**

**Enthaltungen: 0 Stimmen**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**, mit Änderung des Beschlussvorschlages unter Ziff. 3, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist:

1. Die verwaltungsinternen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die vorgeschlagene Einsparung von 5 Stellen im Stellenplan 2011 wird beschlossen.
3. Die Umsetzung der in der Anlage 1 aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen wird beschlossen.  
**Die Änderung lautet: Die Umsetzung der in der Anlage 1 aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen wird unter Berücksichtigung der vorab beschlossenen Änderungen beschlossen.**
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konsolidierungsvorschläge aus der Lenkungsgruppe mit den Bürgermeistern weiter zu verfolgen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>5.</b>	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2011</b>	<b>134/2010</b>
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheitsausschusses liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 08.10.2010 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2010 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2010 vor:

1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den Kreis Warendorf auf, zum Thema "Behinderte Menschen haben ein Recht auf selbstbestimmte und umfassende Teilhabe und auf Gleichstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" eine Fachtagung in 2011 durchzuführen.
2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010: Die Kennzahl der Bedarfsgemeinschaften wird für das Haushaltsjahr 2011 um 180 auf dann 8.200 reduziert mit der Folge einer Nettoentlastung von 500.000 €.

Herr Strübbe stellt die einzelnen Ertrags- und Aufwendungspositionen der Produkte des Sozial- und des Gesundheitsamtes im Haushaltsplanentwurf sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.



Zu 1.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.11.2010: Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den Kreis Warendorf auf, zum Thema "Behinderte Menschen haben ein Recht auf selbstbestimmte und umfassende Teilhabe und auf Gleichstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" eine Fachtagung in 2011 durchzuführen.

Frau Arnkens-Homann begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion damit, dass aufgrund der Wichtigkeit des Themas eine Fachtagung durchgeführt werden solle. Es könnten ggf. Mitarbeiter des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zu dem Thema vortragen. Hohe Kosten sollen durch diese Tagung nicht entstehen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Zu 2.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010: Die Kennzahl der Bedarfsgemeinschaften wird für das Haushaltsjahr 2011 um 180 auf dann 8.200 reduziert mit der Folge einer Nettoentlastung von 500.000 €

Frau Birkhahn begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion mit den aktuell optimistischen Wirtschaftsdaten, auch wenn es keine Sicherheit hinsichtlich der Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften gebe.

Frau Arnkens-Homann stimmt dem für die SPD-Fraktion zu.

Herr Diekhoff plädiert für eine noch stärkere Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften.

Herr Dr. Börger erläutert, die dass die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften für 2010 mit 8.850 angesetzt war. Für 2011 werde mit einem Rückgang auf 8.380 gerechnet.

Er gibt zu bedenken, dass 30 % der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II aufstockende Leistungen der ARGE erhalten. Die Kosten der Unterkunft seien daher auch dann, wenn eine Arbeit aufgenommen werde, in vielen Fällen weiterhin zu zahlen.

Frau Schreier weist darauf hin, dass die aktuell sinkende Tendenz der Bedarfsgemeinschaften bei Einbringung des Haushaltsplanes noch nicht abzusehen war. Die Zahl von 8.200 sei daher zu vertreten.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

<b>Ja</b>	<b>13 Stimmen</b>
<b>Nein</b>	<b>1 Stimme</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>2 Stimmen</b>

Zum Produkt 050420 Schuldnerberatung fragt Herr Drestomark nach, ob die Wartezeit von 3 bis 4 Monaten für eine Beratung bei der Schuldnerberatung verkürzt werden kann.

Frau Klausmeier erklärt, dass diese Zeiten auch aus Sicht der ARGE vertretbar seien.

Sie weist darauf hin, dass durch die Einrichtung einer freien Sprechstunde in der Kreisverwaltung ein Sofortangebot gegeben werde.

Frau Lindstedt bittet um Bericht der Schuldnerberatung in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Herr Dr. Börger sagt Berichte der Schuldnerberatungsstellen des Kreises und der Diakonie in der nächsten Sitzung zu.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses gegeben ist und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozial- und Gesundheitsausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt gegeben hat, zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

<b>Ja</b>	<b>15 Stimmen</b>
<b>Nein</b>	<b>0 Stimmen</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>1 Stimme</b>

**6. Sozialleistungsbericht 2010****135/2010**

Herr Uhkötter weist auf die Neuerungen in der 21. Auflage des Sozialleistungsberichtes hin:

- die Familienpflege wurde in den Leistungskatalog der Eingliederungshilfe des SGB XII aufgenommen (vorher SGB VIII)
- Errichtung der Pflegestützpunkte
- Verbraucherberatung im Kreishaus Warendorf

Auf die Nachfrage von Frau Moers zu den auf Seite 55 dargestellten Haushaltsansätzen "Integrationshelfer Schulbesuch" erklärt Frau Klausmeier, dass der Ansatz von 590.000 € in 2010 aufgrund der hohen Zahl der Anträge bei weitem nicht ausreichen werde. Im Haushaltsplan 2011 seien 860.000 € veranschlagt.

**7. Beitritt zur LAG Schuldnerberatung NRW e.V.****149/2010**

Die Ausschussmitglieder haben die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.20 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer